

Antrag 19/II/2024**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Arbeit und Soziales: Fundament für eine sozialdemokratische Zukunft**

1 Zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand und SPD
 2 Programmkommission:

3

4 **Arbeit und Soziales: Fundament für eine**
 5 **sozialdemokratische Zukunft**

6 Wir Sozialdemokrat*innen haben unsere Wurzeln in der
 7 Arbeiter*innenbewegung und stehen jederzeit für Frei-
 8 heit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Demokratische
 9 Mitbestimmung in allen Lebensbereichen, Umverteilung
 10 von Vermögen und Chancen für alle sowie eine solidari-
 11 sche und soziale Absicherung für schwierige Lebenslagen
 12 sind zentrale Forderungen von uns Sozialdemokrat*in-
 13 nen. Die Wechselwirkung zwischen Diskriminierung, Ras-
 14 sismus und Arbeitsmarktchancen und Armutgefährdung
 15 nehmen wir dabei in den Blick. Unsere Gesellschaft ent-
 16 wickelt sich weiter, sowohl die Produktionsbedingungen
 17 und der technologische Fortschritt als auch unsere Ant-
 18 worten auf diese Entwicklungen. In den letzten Jahrzehn-
 19 ten haben wir durch die Digitalisierung und neue Arbeits-
 20 organisationsformen enorme Produktivitätsgewinne er-
 21 lebt, die jedoch nicht allen Beschäftigten zugutekamen.
 22 Die fortschreitende Globalisierung stellt uns weiter vor
 23 Herausforderungen und fordert unsere globale Solidari-
 24 tät mit den Beschäftigten und Arbeiter*innen weltweit.
 25 Wir sind überzeugt: Gute Arbeit, ein solidarischer Sozial-
 26 staat und echte Chancengerechtigkeit sind keine Selbst-
 27 verständlichkeit und müssen immer wieder politisch er-
 28 kämpft werden.

29

Für eine starke Tarifbindung

31 Ein starkes Tarifsysteem hilft gegen Niedriglohn und prekäre
 32 Beschäftigung. Eine starke Tarifbindung ist zentral für
 33 mehr Einkommensgleichheit, soziale Gerechtigkeit und
 34 gute Arbeitsbedingungen. Wir machen uns zusammen
 35 mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Ein-
 36 zelgewerkschaften für eine hohe Tarifbindung stark. Wir
 37 kämpfen gegen die Tariffucht auf der Arbeitgeberseite,
 38 für starke Gewerkschaften und für eine Stärkung des
 39 Instrumentes der Allgemeinverbindlicherklärungen. Wir
 40 fordern gesetzliche Anpassungen an diesem Instrument,
 41 die es ermöglichen, häufiger und einfacher als bisher von
 42 der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
 43 Gebrauch zu machen. Wir setzen uns für ein Verbot von
 44 Tariffucht durch Betriebsspaltungen ein, um so die Um-
 45 gehung von Tarifverträgen zu verhindern. Wir fordern die
 46 Tarifvertragsparteien auf, die Veränderungen in der Ar-
 47 beitswelt durch den digitalen und demografischen Wan-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Änderungsantrag AG Selbst Aktiv:

**Ab Zeile 235 soll mit einem eigenen Aufzählungspunkt
 eingefügt werden:**

Menschen mit Behinderungen brauchen einen besseren
 Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und müssen vom Ar-
 beitsentgelt auskömmlich leben können. Die „Werkstät-
 ten für behinderte Menschen“ müssen entsprechend wei-
 terentwickelt werden. Die Schwerbehindertenvertretung
 in den Betrieben muss gestärkt werden, damit mehr Men-
 schen mit Behinderung eingestellt und ihre Arbeitsbedin-
 gungen verbessert werden.

48 del durch entsprechende tarifvertragliche Regelungen zu
49 flankieren. Dort wo dies nicht der Fall ist, fordern wir, dass
50 Bundes- und Landesvergabegesetze den Mindestlohn auf
51 ein Niveau anzuheben, das ein Einkommen mit deutli-
52 chem Abstand zum Bürgergeld ermöglicht. Wir setzen uns
53 zusammen mit den Gewerkschaften dafür ein, der Be- und
54 Verhinderung von Betriebs- und Personalratsarbeit Ein-
55 halt zu gebieten. Wir wollen dafür sorgen, dass die Prä-
56 senz von Betriebs- und Personalräten zunimmt und ihre
57 Mitbestimmungsrechte ausgebaut werden. Dazu müssen
58 Betriebsratswahlen besser abgesichert werden. Jede Form
59 von Be- und Verhinderung von Betriebsratsarbeit ist ein
60 Verbrechen und sollte aktiv verfolgt werden. Daher setzen
61 wir uns dafür ein, rasch und endlich §119 Betriebsverfas-
62 sungsgesetz von einem Antragsdelikt zu einem Officialde-
63 likt hochzustufen. Wir halten es auch für wichtig, dass das
64 Wahlverfahren weiter vereinfacht und mit mehr Rechts-
65 sicherheit ausgebaut wird. Gerade vor dem Hintergrund
66 neuer Arbeitsformen und der Digitalisierung setzen wir
67 uns dafür ein, dass kollektive Vertretungsrechte für alle
68 Erwerbsformen gesichert und ggf. neue Wege gefunden
69 werden. Insbesondere treten wir ein für ein Verbandskla-
70 gerecht für Gewerkschaften, welches ein Klagerechte ge-
71 gen tarifliche Missachtungen etzmöglichen würde. Um gu-
72 te Löhne und Arbeitsbedingungen für viele Menschen zu
73 sichern, muss der Staat mit gutem Beispiel vorangehen.
74 Daher sollen öffentliche Verträge und staatliche Förderun-
75 gen nur an tarifgebundene Unternehmen mit Betriebs-
76 rat vergeben werden dürfen. Denn wir sind uns einig: Kei-
77 ne staatlichen Aufträge an Unternehmen ohne Tarifbin-
78 dung und ohne Betriebsrat. Wir fordern steuerliche Vor-
79 teile für Gewerkschaftsbeiträge. Diese sind z. B. durch eine
80 Verbesserung der Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen,
81 in dem diese aus der Werbungskostenpauschale heraus-
82 genommen werden sollen, möglich. Wir setzen uns für die
83 Einführung einer Demokratiezeit für Arbeitnehmer*innen
84 ein. Bezahlte Arbeitszeit für Gewerkschaftsarbeit, denn
85 Mitbestimmung am Arbeitsplatz und gute Arbeitsbedin-
86 gungen stärken die Demokratie insgesamt.

87

88 **„Arbeit muss sich lohnen – für eine sozialdemokratische**
89 **Umverteilung**

90 Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die zumeist
91 einzige Einnahmequelle zur Existenzsicherung in der Ar-
92 beitsphase, aber auch in der Rente. Daher muss mit dem
93 Lohn auch auf Dauer der Lebensunterhalt abgesichert
94 werden können. Für die Durchschnittsverdienenden oder
95 auch Normalverdienenden wird dies aber immer schwie-
96 riger.

97

98 Wenn von den Löhnen ein nicht unerheblicher Anteil für
99 die Sozialversicherungsleistungen bereits nicht mehr zur
100 Verfügung steht und hinzu kommen noch Steuern, wird

101 diese Absicherung auch in Frage gestellt. Neben der Frage:
102 wozu gehe ich dann noch arbeiten? Führt dies zu erheb-
103 lichen Zweifeln am Funktionieren eines gerechten Staa-
104 tes und stellt diesen dann auch in Frage. Verdruss, Rück-
105 zug, Distanzierung und ggf. eine Abkehr vom gesellschaft-
106 lichen System können die Folgen sein. Dies können und
107 wollen wir nicht einfach hinnehmen. Wer arbeitet und da-
108 bei auch normal oder gut verdient, soll auch davon leben
109 können. Und sich in der Gesellschaft engagieren und ein-
110 bringen können.

111

112 Es gilt auch heute noch die Forderung, der Otto Normal-
113 verdiener soll am Ende des Monats mehr Netto vom Brut-
114 to in der Tasche haben. Daher galt Jahrzehntlang die
115 Grenze von 40 % Sozialversicherungsabgaben als magi-
116 sche Grenze, die nicht überschritten werden sollte damit
117 den Menschen am Ende genug zum Leben bleibt. Diese
118 Grenze hat die Ampel bereits in 2023 überschritten. Und
119 sie wird bei den in Rede stehenden Entwicklungen u. a.
120 in der Gesundheits- und Pflegebereich auch noch weiter
121 steigen.

122

123 Um die Sozialabgaben und steuerlichen Belastungen wie-
124 der auf unter 40% zurück zu führen, benötigen wir eine
125 Reihe von Reformen in den einzelnen Bereichen der So-
126 zialversicherungen und bei der Steuer. Gesundheit-, Pfl-
127 ge und Rentenreformen müssen zum einen auch andere
128 Berufsstände beinhalten im Sinne einer Bürgerversiche-
129 rung und sehr gut Verdienende müssen entsprechend hö-
130 here Beiträge leisten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
131 mer mit geringerem Einkommen sollten dagegen durch
132 eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden.

133

134 Aber wir müssen auch im steuerlichen Bereich Änderun-
135 gen endlich nicht nur fordern, sondern auch umsetzen:
136 z. B. Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Nicht-
137 arbeit! Keine pauschale Besteuerung von Kapitalerträgen
138 mit 25 Prozent, sondern mit dem persönlichen Steuersatz.

139

140 Und wir müssen Menschen mit niedrigen und mittleren
141 Einkommen steuerlich entlasten. Im Gegenzug werden
142 Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdiener mehr bezah-
143 len müssen. Ebenso ist eine Vermögens- und Erbschafts-
144 steuerreform endlich umzusetzen. Erben, die nach Wegen
145 suchen, ihr Erbe selbst sozial gerecht zu verteilen, haben
146 dazu derzeit kaum öffentliche Möglichkeiten. Wer Ver-
147 mögen der Allgemeinheit zukommen lassen und damit
148 durch eigene Entscheidungen mit eigenem Vermögen be-
149 wusst eine Umverteilung erreichen möchte, kann das der-
150 zeit nicht. Vermögen kann nur z. B. durch Stiftungen oder
151 ähnliches privatisiert werden. Hier müssen wir umsteuern
152 und unbürokratische Wege finden, wie Vermögen an die
153 Allgemeinheit überlassen werden dürfen.“

154

155 Prekäre Arbeitsverhältnisse erkennen und beenden

156 Der **Mindestlohn** ist eines der erfolgreichsten Instrumen-
157 te zur Bekämpfung von Niedriglöhnen und prekären Be-
158 schäftigungsverhältnissen in Deutschland. Seit seiner Ein-
159 führung hat er die Lohnsituation für Millionen von Arbeit-
160 nehmer*innen verbessert und so einen wichtigen Beitrag
161 zur Reduzierung von Einkommensungleichheiten geleis-
162 tet. Um diesem Erfolg weiter gerecht zu werden, muss
163 der Mindestlohn konsequent durchgesetzt und bis 2026
164 auf 15 € pro Stunde erhöht werden. Darüber hinaus ist er
165 regelmäßig an die Inflation und an die allgemeine Lohn-
166 entwicklung anzupassen, um die Kaufkraft zu sichern.
167 Strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des
168 Mindestlohns müssen ausgeweitet werden. Gleichzeitig
169 nimmt die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse im
170 Dienstleistungssektor, insbesondere durch plattformba-
171 sierte Geschäftsmodelle wie Uber und Lieferando, stark
172 zu. Diese Geschäftsmodelle bieten oft keine ausreichen-
173 den sozialen Absicherungen und zwingen die Beschäf-
174 tigten in abhängige, aber formal selbstständige Tätigkei-
175 ten. Dadurch werden grundlegende Rechte, wie der An-
176 spruch auf Mindestlohn, soziale Sicherung und Arbeits-
177 schutz, umgangen. Es muss sichergestellt werden, dass al-
178 le Arbeitnehmer*innen, die für Plattformunternehmen tä-
179 tig sind, unter den Schutz des Mindestlohns und der Sozi-
180 alversicherungen fallen. Darüber hinaus müssen die Un-
181 ternehmen verpflichtet werden, faire Arbeitsbedingun-
182 gen zu garantieren, einschließlich einer Absicherung ge-
183 gen Arbeitsunfälle, Krankheit und Altersarmut. Eine kla-
184 re gesetzliche Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer*innen
185 und Selbstständigen ist an dieser Stelle notwendig, um
186 Missbrauch durch Scheinselbstständigkeit zu verhindern.

187

188 Leiharbeit bleibt ein weiteres Instrument, das Unterneh-
189 men oftmals zulasten der Leiharbeiter*innen Flexibilität
190 bietet. Wir fordern weiterhin gleichen Lohn für gleiche Ar-
191 beit ab dem ersten Tag der Beschäftigung. Um dauerhaf-
192 te Leiharbeit zu verhindern, muss ihre Einsatzdauer auf
193 maximal zwölf Monate pro Einsatz begrenzt werden. Zu-
194 dem müssen die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte
195 bei der Einsatzplanung gestärkt werden. Unbefristete so-
196 zialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sind für
197 alle Beschäftigten das Ziel sozialdemokratischer Arbeits-
198 marktpolitik. Besonders junge Menschen und Berufsein-
199 steiger*innen sind hiervon betroffen, was zu Unsicherheit
200 und Planungsunfähigkeit führt. Die sachgrundlose Befris-
201 tung von Arbeitsverträgen und damit einhergehende Ket-
202 tenverträge muss abgeschafft werden. Nach zwei Jahren
203 befristeter Beschäftigung muss ein unbefristetes Arbeits-
204 verhältnis obligatorisch sein.

205

206 Praktika sind ein zentraler Baustein im Übergang von der

207 Ausbildung in das Berufsleben. Sie bieten die Chance,
208 praktische Erfahrungen zu sammeln und sich beruflich
209 zu orientieren. Allerdings dürfen sie nicht dazu genutzt
210 werden, junge Menschen als günstige Arbeitskräfte aus-
211 zubeuten. Es ist unerlässlich, dass Praktika fair vergütet
212 werden, insbesondere wenn sie länger als drei Monate
213 dauern. Neben einer angemessenen Bezahlung muss der
214 Schutz von Praktikant*innen durch eine verstärkte Kon-
215 trolle von Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und dem Ein-
216 halten rechtlicher Vorgaben gewährleistet sein.

217

218 • Trotz hoher Arbeitsbelastung verdienen viele Be-
219 schäftigte weiterhin viel zu wenig. Oft müssen
220 prekär Beschäftigte mit Bürgergeld aufstocken, da
221 sie sonst nicht in der Lage sind, ihren Lebensun-
222 terhalt zu bestreiten. Dies betrifft Millionen Be-
223 schäftigte im Niedriglohnsektor. Prekär beschäftigt
224 sind strukturell besonders Frauen, Alleinerziehende,
225 **Menschen ohne Ausbildung**, junge Menschen und
226 Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie hängen
227 besonders oft in der Armutsfalle Minijob fest. Mini-
228 jobber*innen sind im erheblichen Maße von Alters-
229 armut gefährdet, da sie keine Ansprüche auf Leis-
230 tungen aus der Arbeitslosen-, Kranken- oder Pflege-
231 versicherung haben. Zudem sind Minijobs nicht so-
232 zialversicherungspflichtig, sondern prekär und un-
233 gesichert. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaf-
234 fung von Minijobs ein.

235

236 **Künstliche Intelligenz und Automatisierung**

237 Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung bieten
238 enormes Potenzial, unser Arbeitsleben zu bereichern, in-
239 dem sie Prozesse effizienter gestalten und neue Möglich-
240 keiten schaffen. Gleichzeitig müssen wir diesen techno-
241 logischen Wandel mit Vorsicht angehen, um sicherzustel-
242 len, dass die Interessen und Rechte der Arbeitnehmer*in-
243 nen geschützt werden. Die fortschreitende Entwicklung
244 von Künstlicher Intelligenz und Automatisierungstechno-
245 logien hat das Potenzial, zahlreiche Arbeitsplätze zu ge-
246 fährden. Besonders betroffen sind Berufe im Dienstleis-
247 tungssektor, in der Produktion sowie in administrativen
248 Tätigkeiten, die von Routineaufgaben geprägt sind. Um
249 dieser Entwicklung gerecht zu werden, müssen wir die be-
250 troffenen Arbeitnehmer*innen schützen und ihnen durch
251 Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme eine Per-
252 spektive bieten. Mit dem in 2024 verabschiedeten Gesetz
253 zur Stärkung von Aus- und Weiterbildung und dem seit
254 2020 geltendem Arbeit-von-morgen-Gesetz sind gute In-
255 strumente vorhanden, damit Arbeitnehmer*innen für den
256 Wandel in der Arbeitswelt fit gemacht werden. Durch die
257 Einführung eines Rechtsanspruches auf Weiterbildung
258 und Qualifizierung sichern wir die Teilhabemöglichkeit
259 von Arbeitnehmer*innen, damit diese von den geschaffe-

260 nen und finanzierten Weiterbildungsmöglichkeiten pro-
261 fitieren können. Die Arbeitsagenturen müssen enger mit
262 Unternehmen, Bildungseinrichtungen und den Betroffene-
263 nen zusammenarbeiten, um funktionierende Qualifizie-
264 rungsprogramme zu entwickeln. Zusätzlich müssen An-
265 reize für Unternehmen geschaffen werden, ihre Beschäf-
266 tigten aktiv in diesen Weiterbildungsprozess einzubin-
267 den und dadurch langfristige Arbeitsplatzsicherheit zu ge-
268 währleisten. Weiter müssen neue Ausbildungsberufe und
269 Studiengänge im Bereich Digitalisierung, KI und Automa-
270 tisierung intensiviert werden. Diese neuen Bildungsan-
271 gebote müssen frühzeitig auf die Anforderungen der Ar-
272 beitswelt vorbereiten. Dazu gehört auch die Förderung
273 von dualen Studiengängen und praxisorientierten Weiter-
274 bildungen, die in enger Zusammenarbeit mit der Industrie
275 entwickelt werden. Für ältere Arbeitnehmer*innen und
276 geringqualifizierte Beschäftigte müssen spezielle Förder-
277 programme implementiert werden, damit niemand abge-
278 hängt wird!

279

280 Darüber hinaus unterstützen wir Arbeitnehmer*innen
281 und Gewerkschaften in ihrem Bestreben, die Arbeitszeit
282 zu reduzieren. Das Ziel muss sein, mehr Menschen zu
283 ermöglichen, weniger Stunden bei vollem Lohnausgleich
284 zu arbeiten, um so eine bessere Vereinbarkeit von Beruf
285 und Privatleben zu gewährleisten und gleichzeitig die Pro-
286 duktivität durch innovative Arbeitsmodelle zu steigern.
287 Diese Entwicklung ist gerade in Zeiten der Automatisie-
288 rung ein zentraler Baustein für die Zukunft der Arbeit.
289 Künstliche Intelligenz und Automatisierung bieten auch
290 Chancen für gute digitalisierte Arbeit, mehr Selbstbestim-
291 mung und Mitbestimmung aller Beschäftigten. Dies ge-
292 lingt nur, wenn Beschäftigte entlastet und Überwachung
293 entgegengewirkt wird. Daher fordern wir ein Recht auf
294 Unerreichbarkeit während der Ruhezeiten, eine stärker-
295 re Flexible Arbeitszeiten müssen Beschäftigten die Mög-
296 lichkeit geben, frei darüber zu entscheiden, wann sie ar-
297 beiten wollen. Zusätzlich bietet die Automatisierung ei-
298 ne Chance, dass Branchen, die unter einem hohen Fach-
299 kräftemangel leiden, entlastet werden. Neben der Weiter-
300 bildung und Jobsicherheit der Arbeitnehmer, ist es auch
301 Aufgabe der Politik, automatisierte Umsetzungsmaßnah-
302 men zu evaluieren, um die Arbeitsbelastung der Arbeit-
303 nehmer*innen zu reduzieren. Dies ist insbesondere im öf-
304 fentlichen Nahverkehr, der Logistik und in der Verwaltung
305 zu überprüfen.

306

307 **Qualifizierung ermöglichen**

308 Bildung, Nachqualifizierung, Weiterbildung und Qualifi-
309 zierung sind integrale Bestandteile einer aktiven Sozial-
310 und Arbeitsmarktpolitik und wirken präventiv, im Sinne
311 der Eröffnung von Möglichkeiten der sozialen Teilhaben
312 und bei Zugängen zu Ausbildung und Arbeit. Dies gilt für

313 alle Menschen und verfolgt das Prinzip einer integrativen
314 und inklusiven Bildung.

315

316 Lebenslanges Lernen ermöglicht es Menschen länger in
317 Arbeit zu bleiben und auch bei Umbrücken eine Qualifi-
318 kationsadäquate neue Beschäftigung zu finden. Dadurch
319 werden die Systeme staatlicher Transferleistungen nach-
320 haltig entlastet und auch dem Fachkräftemangel wird ent-
321 gegengewirkt. Die Sozialdemokratie hat sich zum Ziel ge-
322 setzt, das Grundrecht auf Bildung kostenfrei zu gestal-
323 ten, um einer Stigmatisierung von Betroffenen, verbun-
324 den mit einer Entbürokratisierung und Schwellensetzun-
325 gen entgegenzuwirken. Unterschiedliche Leistungssys-
326 teme sind so zu verzahnen, dass ein verlässliches, kohä-
327 rentes, an den Notwendigkeiten orientiertes System ent-
328 steht. Eine Sockelfinanzierung muss Leistungen und An-
329 gebote sichern, um Kontinuität und Qualität zu sichern.
330 Eine Unterscheidung zwischen freiwilligen und gesetzli-
331 chen Leistungen muss zukünftig entfallen. Im Zusammen-
332 hang mit Bildung muss das Kooperationsverbot in allen
333 Zusammenhängen durch ein Kooperationsgebot ersetzt
334 werden, um notwendige Finanzierungen und Strukturie-
335 rungen unter Nutzung der Möglichkeiten von Kommu-
336 nen, Ländern und den Bund miteinander und nicht in der
337 Abgrenzung wirken zu lassen.

338

339 **Gute Ausbildung**

340 Im Jahr 2023 haben rund 489.200 junge Menschen eine
341 Ausbildung begonnen, was einem Anstieg von drei Pro-
342 zent im Vergleich zu 2022 entspricht. Obwohl die Zahlen
343 weiterhin unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie lie-
344 gen (minus 6,9 Prozent oder 35.900 Ausbildungsverträge
345 im Vergleich zu 2019), zeigt sich insgesamt eine positive
346 Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt. Sowohl das In-
347 teresse junger Menschen an Ausbildungsplätzen als auch
348 das Angebot an freien Stellen haben zugenommen. Aller-
349 dings bestehen weiterhin erhebliche Schwierigkeiten, An-
350 gebot und Nachfrage effektiv zusammenzuführen. Dies
351 spiegelt sich in den wachsenden Anteilen unbesetzter
352 Ausbildungsstellen und erfolglos Suchender wider. Laut
353 dem Berufsbildungsbericht 2024, den das Bundeskabi-
354 nett verabschiedet hat, blieben 2023 bundesweit rund
355 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt, was 13,4 Prozent
356 des gesamten Angebots entspricht – ein neuer Höchst-
357 wert. Gleichzeitig hatten etwa 63.700 junge Menschen am
358 30. September noch keinen Ausbildungsplatz gefunden,
359 was einem Anteil von 11,5 Prozent entspricht. Um diesen
360 Missstand zu beheben, haben junge Menschen, die kei-
361 nen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, seit April 2024
362 ein Recht auf eine garantierte Ausbildung, insbesondere
363 in Regionen mit einem geringen Ausbildungsplatzange-
364 bot. Dies ist ein Erfolg, für den die SPD lange gekämpft hat.
365 Dennoch bleibt das Ziel, ein noch engmaschigeres Auf-

366 fangnetz zu schaffen, damit keine*r ohne Ausbildungs-
367 platz bleibt. Unternehmen müssen verstärkt ausbilden,
368 um allen die Möglichkeit zu geben, ihren Wunschberuf zu
369 erlernen. Es ist nicht hinnehmbar, jedes Jahr tausende Ju-
370 gendliche im Stich zu lassen, während gleichzeitig über
371 Fachkräftemangel geklagt wird. Es zeigt sich, dass in be-
372 stimmten Branchen, in denen die Ausbildungsvergütung
373 niedrig und die Arbeitsbedingungen schlecht sind, beson-
374 ders viele Stellen unbesetzt bleiben. Hier bedarf es einer
375 umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie sowie eines in-
376 dividuellen Rechtsanspruchs auf einen Ausbildungsplatz.
377 Dies würde die Kosten der Ausbildung fair auf alle Un-
378 ternehmen verteilen, die Ausbildungsqualität verbessern
379 und gezielte Unterstützung für Jugendliche beim Über-
380 gang von der Schule in den Beruf bieten. Wir fordern au-
381 ßerdem die Sicherstellung, dass eine erneute Probezeit
382 nach der Übernahme aus der Ausbildung in ein festes Ar-
383 beitsverhältnis im ausbildenden Betrieb nicht zulässig ist.
384 Bei der Anstellung eines Azubis, durchläuft diese*r bereits
385 eine vertraglich festgelegte Probezeit. Darüber hinaus hat
386 sich ein Azubi über die Dauer seiner*ihrer Ausbildung in-
387 sofern bewiesen, als dass sie*er für eine Übernahme in
388 Frage gekommen ist, eine anschließende Probezeit ist da-
389 her aus offensichtlichen Gründen unnötig.

390

391 **Forderungen:**

- 392 • Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungs-
393 garantie.
- 394 • Faire Verteilung der Ausbildungskosten auf alle Un-
395 ternehmen, um die Qualität der Ausbildung zu stei-
396 gern.
- 397 • Keine erneute Probezeit nach der Übernahme im
398 ausbildenden Betrieb
- 399 • Deutliche Anhebung der Mindestausbildungsvergü-
400 tung
- 401 • Mit Bafög Armut entgegnetreten

402

403 **Rente – ein Alter in Würde**

404 Wir wollen die gesetzliche Rente weiterhin stärken und
405 stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung, die Le-
406 bensstandard sichernd sein soll. Wir setzen uns vorerst für
407 ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent
408 ein, arbeiten aber daran, dass sich das Rentenniveau wei-
409 ter erhöht. Gute Löhne, die aus einer starken Tarifbindung
410 und unserer Arbeitsmarktpolitik resultieren, sind der Ga-
411 rant für die Stabilität der gesetzlichen Rente. Sie ist der
412 Schlüssel, damit alle, die hart und lange arbeiten, auch
413 gut im Alter davon leben können. Für rund zwei Drittel der
414 über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die wichtigste
415 Einkommensquelle im Alter. Die gesetzliche Rente ist und
416 bleibt also das Herzstück der Alterssicherung in Deutsch-
417 land. Vor allem die demografische Entwicklung hinterlässt
418 langsam Spuren. In naher Zukunft gehen die sogenann-

419 ten „Babyboomer“, in den Ruhestand. Gleichzeitig hat die
420 steigende Lebenserwartung dazu geführt, dass sich der
421 Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung deutlich
422 erhöht hat – während nachfolgende Generationen weni-
423 ger Kinder bekommen haben. Das Rentenniveau würde
424 ohne Sicherung zwangsläufig sinken. Mit dem Rentenpa-
425 ket II werden wir dafür sorgen, dass das Rentenniveau bei
426 mindestens 48 Prozent stabilisiert wird. Die Sicherung des
427 Mindestniveaus wirkt in einem ersten Schritt bis Mitte
428 2040. Dann müssen laut Gesetz für die Zeit nach 2040
429 weitere Vorschläge zur Sicherung dieses Rentenniveaus
430 unterbreitet werden. So haben auch junge Menschen die
431 Garantie, dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordentliche
432 Rente bekommen. Aktuelle Vorausberechnungen lassen
433 aber den Schluss zu, dass diese Belastungen weniger stark
434 ausfallen werden als angenommen und auch die Beiträ-
435 ge sind schon jetzt weniger stark gestiegen als befürchtet.
436 Das liegt an einem starken Arbeitsmarkt, auf dem heute
437 mehr ältere Beschäftigte, Frauen und ausländische Fach-
438 kräfte arbeiten als früher. Und je mehr Menschen in so-
439 zialversicherungspflichtige Arbeit gebracht werden, um-
440 so mehr Beiträge stärken die Rente. Es ist also möglich,
441 mit den richtigen Weichen die Rente fit für die Zukunft
442 zu machen. Wir haben erfolgreich die Grundrente einge-
443 führt. Sie ist ein Fortschritt und schützt viele Menschen,
444 die Jahrzehnte für geringe Löhne gearbeitet haben, vor
445 dem Risiko im Alter arm zu sein. Wir lehnen eine weitere
446 Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab. Sie
447 bedeutet für viele, die nicht länger arbeiten können, ei-
448 ne Rentenkürzung. Den gesetzlichen Anspruch, dass be-
449 sonders langjährig Versicherte vor Erreichen der Regelal-
450 tersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können, wollen
451 wir beibehalten. Um die langfristige Stabilität der gesetz-
452 lichen Rentenversicherung zu gewährleisten und Altersar-
453 mut zu verringern, müssen alle Berufsgruppen verpflich-
454 tend in das System einbezogen werden. Durch Rentenver-
455 sicherungsbeiträge von Selbstständige, Beamt*innen und
456 freie Berufe wird die finanzielle Basis gestärkt und Un-
457 gleichheiten im Alter abgebaut. Dadurch wird ein einheit-
458 liches Rentensystem geschaffen, das für alle Erwerbstäti-
459 gen faire und sichere Rahmenbedingungen bietet.

460

461 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

462 Frauen müssen in unserer Gesellschaft noch immer einen
463 Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Oft stem-
464 men sie neben ihrem Job noch Haushalt und Kindererzie-
465 hung, haben mit unsicherer Kinderbetreuung, schlechte-
466 rer Bezahlung und geringeren Karrierechancen zu kämp-
467 fen. Das steuerliche Ehegattensplitting macht es für Frau-
468 en häufig noch unattraktiver, ihre Arbeitsstunden aufzu-
469 stocken, weshalb viele in Mini-Jobverhältnissen arbeiten,
470 welche ihnen keine soziale Absicherung bieten.

471

472 Daher fordern wir:

- 473 • Die Abschaffung des steuerlichen Ehegatten-
- 474 Splittings
- 475 • Minijobs abzuschaffen mit einer vollen Sozialversi-
- 476 cherungspflicht ab dem ersten Euro
- 477 • Die Subventionierung von unterstützenden haus-
- 478 haltsnahen Dienstleistungen (z.B. Reinigungskräfte,
- 479 private Kinderbetreuung, Au-Pairs, Gartenhilfe etc.)
- 480 für Familien, durch die Bundesagentur für Arbeit,
- 481 wenn dadurch der Arbeitsumfang erhöht oder ei-
- 482 ne Reduzierung vermieden werden kann (Belgisches
- 483 Modell)
- 484 • Eine grundsätzliche Reduzierung der Arbeitszeit auf
- 485 eine 30 Stunden Woche als neue (kleine) Vollzeit bei
- 486 vollem Lohnausgleich, um eine bessere Vereinbar-
- 487 keit von Leben und Arbeit zu ermöglichen. Zur Un-
- 488 terstützung der Gewerkschaften in ihrem Kampf für
- 489 eine Reduzierung der Arbeitszeit soll eine groß an-
- 490 gelegte Machbarkeitsstudie durch das BMAS in Auf-
- 491 trag gegeben werden. Darüber hinaus sollen Anrei-
- 492 ze für Unternehmen geschaffen werden, die eine all-
- 493 gemeine reduzierte Arbeitszeit bei vollem Lohnaus-
- 494 gleich ermöglichen.
- 495 • Wir fordern in § 15 des Bundeselterngeld- und El-
- 496 ternzeitgesetzes (BEEG) die Streichung von Absatz
- 497 7 Satz 1 durch Gesetzesänderung, damit endlich al-
- 498 le Arbeitnehmer*innen Anspruch auf Verringerung
- 499 der Arbeitszeit im Rahmen von Elternzeit haben. Bis-
- 500 lang fehlt dieser Rechtsanspruch für Millionen Ar-
- 501 beitnehmer*innen, da diese in Unternehmen mit bis
- 502 zu 14 regelmäßig Beschäftigten tätig sind. Alleine
- 503 in der Handwerksbranche arbeiten rund 5,2 Millio-
- 504 nen Beschäftigte in 553.600 Betrieben. Im Durch-
- 505 schnitt arbeiteten 9 Personen in einem Unterneh-
- 506 men im zulassungspflichtigen Handwerk. Auch die-
- 507 sen Arbeitnehmer*innen muss eine Möglichkeit auf
- 508 Teilzeitarbeit in Elternzeit geschaffen werden.

509

510 **Neue Chancen: das Bürgergeld**

511 Die Einführung des Bürgergeldes und die damit einge-

512 leitete Abkehr von Hartz IV war richtig und wir vertei-

513 digen diesen wichtigen Schritt. Die konstanten Angriffe

514 auf die Reform durch das gesamte rechte gesellschaft-

515 liche Spektrum von AfD über CDU bis FDP diffamieren

516 das Bürgergeld und die Menschen, die auf die Unterstüt-

517 zung angewiesen sind, in populistischer und teils hetzeri-

518 scher Weise. Anders als häufig behauptet ist das Bürger-

519 geld kein "Bedingungsloses Grundeinkommen", sondern

520 es wird nur auf Antrag an Personen gezahlt, die bedürftig

521 sind. Zudem gibt es Mitwirkungspflichten – das bedeutet,

522 dass Bürgergeldbeziehende daran mitwirken müssen, die

523 eigene Hilfsbedürftigkeit zu überwinden. Doch anders als

524 im Hartz IV System setzt das Bürgergeld auf einen Wan-

525 del in der Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Bür-
 526 ger:innen: die nächsten Schritte sollen gemeinsam und
 527 möglichst im Konsens festgestellt werden, eine Weiter-
 528 bildung wird unterstützt und es sollen vor allem jene
 529 Jobs und Maßnahmen vermittelt werden, die zu den Men-
 530 schen passen. Wir wissen auch, dass ein Großteil der Lang-
 531 zeitarbeitslosen gesundheitliche Probleme haben, zwei
 532 Drittel haben keinen Schulabschluss und für viele ist der
 533 Weg in Erwerbsarbeit weit. Daher ist viel Unterstützung
 534 nötig – und nicht eine immer weitere Verschärfung von
 535 Sanktionen. Daher fordern wir:

- 536 • Eine bessere Ausfinanzierung der Jobcenter, damit
 537 sie genug Personal für die Beratung anstellen kön-
 538 nen und für jede arbeitslose Person ein passen-
 539 des Angebot machen können (Job, Maßnahme oder
 540 Qualifizierung)
- 541 • Eine Ausweitung des sozialen Arbeitsmarktes (Maß-
 542 nahmen nach §16i) für weitere Gruppen sowie eine
 543 Option auf Verlängerung, wenn nach 5 Jahren eine
 544 Übernahme durch den Träger nicht möglich ist.
- 545 • Eine Ausweitung der sozialraum-orientierten
 546 Ansätzen, aufsuchender Beratung und Coaching-
 547 Angeboten, um auch Menschen mit größeren
 548 Vermittlungshemnissen oder Distanz zu behördli-
 549 chen Strukturen zu unterstützen
- 550 • Eine Überarbeitung von Briefen und Bescheiden, so-
 551 dass diese leicht verständlich sind
- 552 • Die Karenzzeit wieder auf mindestens 12 Monate,
 553 besser jedoch 24 Monate auszuweiten, damit sich
 554 Menschen, die neu im Bürgergeld sind, zunächst ori-
 555 entieren können und evtl. eine Qualifizierung ma-
 556 chen können, statt sich über einen möglichen Um-
 557 zug Gedanken machen zu müssen.

558

559 **Arbeitsmarktintegration von Migrant: innen und Geflüch-** 560 **teten**

561 Deutschland ist ein Einwanderungsland und durch Zu-
 562 wanderung geprägt. Die Gründe für Migration sind eben-
 563 so vielfältig, Menschen sind auf der Suche nach einer
 564 Ausbildung, einem Studienplatz oder einer Arbeit. Un-
 565 ser Ziel ist der frühzeitige Arbeitsmarktzugang und die
 566 damit verbundene Selbstwirksamkeit mit Einkommen
 567 und sozialen Kontakten. Denn Arbeitsmarktintegration
 568 ist ein zentraler Baustein für Integration und Partizipa-
 569 tion. Wir fordern, dass der „Turbo zur Arbeitsmarkinte-
 570 gration von Geflüchteten“ extern wissenschaftlich evalu-
 571 ert werden muss und die Ergebnisse implementiert wer-
 572 den. Schon jetzt ist deutlich, dass es zu wenig Finanz-
 573 mittel und widersprüchliche Anreize gibt. Gute Beratung
 574 ist für schnelle Arbeitsmarktintegration zwingend not-
 575 wendig. Es muss mehr Personal in Jobcenter eingestellt
 576 werden und Unternehmen stärker verpflichtend einbe-
 577 zogen werden. Schon durch den rechtswechselkreis Ge-

578 flüchteter Ukrainer*innen haben die Jobcenter erhöhten
579 Finanzbedarf, der bereitgestellt werden muss. Die vom
580 Bund getragenen Eingliederungs- und Verwaltungsbud-
581 gets der Jobcenter sind nicht ausreichend und müssen er-
582 höht werden. Der Weg in Arbeit, vor allem in qualifikati-
583 onsnaher Beschäftigung ist ein langer Weg. Qualität und
584 Quantität der Arbeitsmarktintegration sollen nicht gegen-
585 einander ausgespielt werden. Schnelle Arbeitsaufnahme
586 darf nicht zu sogenannten „log in“ Effekten führen. Ver-
587 mittlungsangebote in niedrigqualifizierte Tätigkeiten und
588 nicht nach Qualifikation lehnen wir ab. Der Spracherwerb
589 ist ein zentraler Faktor für die Arbeitsmarktintegration.
590 Dafür braucht es niedrighschwellige Einstiegs – und Ori-
591 entierungsangebote (EOK) des Bundes als Regelstruktur.
592 Migrationsberatung ist im Kontext von Arbeit und Ausbil-
593 dung eine wichtige Anlaufstelle und muss gestärkt wer-
594 den. Teilnehmende an einem Job-Berufssprachkurs (Job-
595 BSK), die nicht im Leistungsbezug (AsylbLG, SGB II, SGB
596 XII oder Anspruch auf Arbeitslosengeld) stehen, müssen
597 die anfallenden Kosten i.H.v. 50 Prozent des Kostenerstat-
598 tungssatzes selbst tragen, was eine erhebliche Hürde für
599 die Inanspruchnahme dieser Kurse von Beschäftigten dar-
600 stellen. Hier braucht es bedarfsgerechte Lösungen.

601

602 **Beratungsstrukturen und Anlaufstellen zusammenfüh-** 603 **ren**

604 Unser Sozialstaat ist gut ausgebaut, jedoch häufig zu
605 komplex, zu bürokratisch und schwerfällig. Viel zu oft
606 kommt die Hilfe nicht dort an, wo sie am dringendsten
607 benötigt wird, da die Menschen im Antrags- und Behör-
608 dendschungel verloren gehen. Um die Effizienz und Zu-
609 gänglichkeit sozialer Unterstützungsangebote zu verbes-
610 sern, sollen regelmäßige und verpflichtende Austausch-
611 formate zwischen Institutionen wie den Sozialämtern,
612 dem Jobcenter, dem LAF und anderen relevanten Akteu-
613 ren geschaffen werden. Das soll den Aufbau von persön-
614 lichen Kontakten fördern und die notwendige Koordinati-
615 on von Hilfsleistungen verbessern. Es ist notwendig, so-
616 ziale Leistungen und die zuständigen Behörden stärker
617 zusammenzuführen. So werden klare Verantwortlichkei-
618 ten geschaffen und der Zugang zu Transferleistungen ver-
619 einfacht. Um den bürokratischen Aufwand zu minimieren
620 und notwendige Hilfen schneller zu gewährleisten, soll
621 eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden. Weiterhin
622 müssen die Antragsprozesse für soziale Transferleistun-
623 gen vereinfacht und digitalisiert werden. Durch ein mo-
624 dernes, digitales System sollen Menschen unkompliziert
625 und effizient auf die ihnen zustehenden Unterstützungen
626 zugreifen können. Um die Zusammenarbeit und das Ver-
627 ständnis zwischen Behörden und sozialen Trägern zu stär-
628 ken, fordern wir die Einrichtung regelmäßiger Schulun-
629 gen und Austauschprogramme. Diese sollen sicherstellen,
630 dass die Fachkräfte effizient zusammenarbeiten und die

631 Unterstützung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

632

633 **Kinderarmut bekämpfen**

634 Die Kinderarmut hat im Jahr 2023 mit 21,3 Prozent al-
635 ler Kinder ein trauriges Rekordhoch erreicht. Gelder, die
636 für arme Kinder bereitgestellt werden, erreichen diese
637 viel zu selten. Oft fehlt das Wissen über die Leistun-
638 gen oder die Beantragung ist zu kompliziert und über-
639 fordert gerade die Familien, die es sowieso schon nicht
640 leicht haben. Mit der Kindergrundsicherung sollten daher
641 die Kind-bezogenen Unterstützungsleistungen gebündelt
642 und über eine einheitliche Anlaufstelle administriert wer-
643 den. Komplizierte Anträge und die Rennerei zwischen ver-
644 schiedenen Behörden sollten der Vergangenheit angehö-
645 ren. Einfach, digital und bedarfsdeckend sollte die Leis-
646 tung sein. Leider war es nicht möglich, dieses Ziel in die
647 Wirklichkeit umzusetzen. Die schleppende Digitalisierung
648 und unterschiedlichste Datensysteme in den Ämtern stel-
649 len den Datenaustausch vor erhebliche Herausforderun-
650 gen. Und nicht zuletzt wurde für eine deutlich höhere
651 Leistung für alle Kinder auch nicht ausreichend Geld zur
652 Verfügung gestellt. Dennoch brauchen wir dringend ei-
653 ne Umkehr in unserem Unterstützungssystem für Kinder
654 und Jugendliche. Unser Ziel bleibt weiterhin: kein Kind
655 und kein junger Mensch soll in Armut aufwachsen!

656 Wir fordern daher entschieden:

- 657 • Das Kindergeld für alle Kinder mindestens auf die
658 Höhe der Bürgergeld-Regelbedarfsstufe Vier (14-17-
659 jährige Kinder, derzeit 471 Euro pro Monat) anzuhe-
660 ben. Der steuerliche Kinderfreibetrag sollte diesem
661 Wert angeglichen werden.
- 662 • Eine Neuberechnung des kindlichen Existenzmini-
663 mums (für Bürgergeld, Wohngeld etc.) unter Einbe-
664 ziehung von Kindern- und Jugendlichen
- 665 • Den Kindergeldübertrag im Bürgergeld abzuschaf-
666 fen und somit Alleinerziehende zu entlasten.
- 667 • Die Einführung einer Kinder-Karte für alle Kinder
668 in Deutschland, über die diskriminierungsfrei und
669 unbürokratisch Leistungen in Anspruch genommen
670 werden können. Schöne Orte für Kindererlebnisse
671 überall in Deutschland, indem wir massiv in die Sa-
672 nierung von öffentlichen Spielplätzen, Sportanla-
673 gen, Parks und Schwimmbäder investieren. Biblio-
674 theken sind als moderne Lern- und Begegnungsorte
675 auszugestalten und mit Ihren Angeboten für Kinder
676 und Jugendliche kostenfrei. Der Zugang zu öffentli-
677 chen Museen soll für Kinder bis 18 Jahre mindestens
678 zeitweise kostenfrei sein.
- 679 • Den Ausbau von kostenloser Infrastruktur für al-
680 le Kinder, insbesondere kostenloses Frühstück und
681 Mittagessen in Kitas und Schulen, Lernmittel, ÖPNV,
682 **Mitnahmemöglichkeit Kind beim Deutschlandti-**
683 **cket, Hausaufgabenbetreuung.**

684

685 Armut im Studium entgegenreten

686 Ob im Kindergarten, in der Schule oder im Studium, noch
687 immer hängt die Chance auf Bildung vom Geldbeutel der
688 Eltern ab. Statistiken zeigen, dass in Deutschland viele
689 Studierende von Armut betroffen sind. Wir wollen die-
690 ser Abwärtsspirale entgegenreten und fordern den ak-
691 tuellen BAföG-Höchstsatz zu erhöhen. Dabei sollen fer-
692 ner die BAföG-Fördersätze regelmäßig und dynamisch
693 an die Inflationsrate angepasst werden. Darüber hinaus
694 muss die Entbürokratisierung des BAföGs weiter voran-
695 getrieben werden, in dem beispielsweise die Bearbeitung
696 der BAföG-Anträge innerhalb von drei Monaten erfolgen
697 soll. Es darf nicht sein, dass Studierende und Auszubil-
698 dende mehr als ein halbes Jahr auf ihren Bescheid war-
699 ten müssen. Damit niemand durch das Sozialsystem fällt,
700 müssen finanzielle Aufstockungen durch Wohngeld, Bür-
701 ger*innengeld und weitere Sozialleistungen für BAföG-
702 Beziehende ermöglicht werden.

703

704 Wirksamer Klimaschutz durch Klimageld

705 Für uns Sozialdemokrat:innen ist klar: Der Klimaschutz
706 muss immer sozial gedacht werden. Bei der Bekämpfung
707 der Klimakrise setzen wir uns gegen Konsumshaming Ein-
708 zelner ein und nehmen große Unternehmen und den
709 Staat stärker in Pflicht. Während reichere Menschen die
710 Auswirkungen von Teuerungen kaum spüren und kom-
711 pensieren können, ist das besonders armutsbetroffene
712 Menschen unmöglich. Daher ist es für uns unabdingbar,
713 sozial-gerechte Maßnahmen einzuführen, die den Teue-
714 rungen entgegenwirken.

715

716 Das Klimageld in der kommenden Bundestagswahl zu
717 beschließen, die Finanzierung im nächsten Bundeshaus-
718 halt sicherzustellen und die Auszahlung umzusetzen. Da-
719 zu muss eine digitale Auszahlungsinfrastruktur noch vor
720 Ende der Legislaturperiode geschaffen werden.

721

**722 Mietenarmut bekämpfen durch Förderung des sozialer
723 Wohnungsbaus und wirksamen Mieter*innenschutz**

724 Deutschland steht sowohl in städtischen als auch in länd-
725 lichen Gebieten vor ernststen Herausforderungen auf dem
726 Wohnungsmarkt. Besonders in den Ballungszentren ex-
727 plodieren die Mieten. Viele Menschen können sich den
728 Wohnraum, der ihnen zur Verfügung steht, nicht mehr
729 leisten. Die steigenden Mietkosten verschärfen die Ar-
730 mut in der Bevölkerung und bedrohen besonders einkom-
731 mensschwache Haushalte.

732

733 Um den Entwicklungen entgegenzuwirken, müssen ge-
734 zielte steuerliche Anreize geschaffen werden, die sowohl
735 Neubau als auch Sanierung von Wohnraum fördern. Ins-
736 besondere der Bau von Sozialwohnungen und genossen-

737 schaftlichen Wohnprojekten muss vom Bund unterstützt
738 werden. So kann langfristig bezahlbarer Wohnraum ge-
739 schaffen und soziale Durchmischung in Städten und länd-
740 lichen Regionen gewährleistet werden. Sondervermögen
741 Bauen für bezahlbaren Wohnraum mit mindestens 100
742 Mrd. Euro in 5 Jahren ist notwendig, das sowohl in ur-
743 banen als auch in ländlichen Gebieten die Schaffung von
744 neuem Wohnraum forciert und bestehende Sozialwoh-
745 nungen dauerhaft erhält. Nur so stehen geförderte Woh-
746 nung zur Verfügung und werden nicht nach Ablauf der
747 Fristen dem freien Markt zu übersteuerten Preisen überlas-
748 sen.

749

750 Weiter muss der Bund rechtliche Rahmenbedingungen
751 schaffen, die Mieter*innen vor übermäßigen Mieterhö-
752 hungen und Verdrängung schützen. Hierbei fordern wir
753 einen bundesweiten Mietendeckel. Er ist notwendig, um
754 die exorbitanten Mietsteigerungen vor allen in besonders
755 belasteten Städten zu begrenzen und Mieter*innen in an-
756 gespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Gleichzeitig
757 ist es wichtig, Mieter*innen besser vor Eigenbedarfskün-
758 digungen zu schützen, indem Vermieter*Innen verpflich-
759 tet werden, gleichwertigen Ersatzwohnraum zur Verfü-
760 gung zu stellen, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu
761 präventiv zu begegnen. Auch im ländlichen Raum muss
762 der Bund gezielte Maßnahmen ergreifen, um dem demo-
763 grafischen Wandel progressiv entgegenzutreten. Hierzu
764 gehört der Ausbau der Infrastruktur, wie schnelles Inter-
765 net und öffentlicher Nahverkehr, ebenso wie die geziel-
766 te Förderung von nachhaltigem Wohnungsbau. Es ist ent-
767 scheidend, dass der Bund den barrierefreien Ausbau von
768 Wohnraum fördert, um der wachsenden Nachfrage nach
769 barrierefreien Wohnungen gerecht zu werden. Das betrifft
770 sowohl den Neubau als auch die Sanierung bestehender
771 Wohnungen, um sicherzustellen, dass auch ältere Men-
772 schen und Menschen mit Behinderungen angemessenen
773 Wohnraum finden.

774

775 Wichtig ist auch, Obdachlosigkeit wirksam entgegenzu-
776 treten. Dabei ist es unerlässlich, dass der Bund seiner zen-
777 tralen Rolle bei der Bereitstellung von Ressourcen und der
778 Koordinierung von Hilfsmaßnahmen nachkommt. Das er-
779 fordert in erster Linie eine ausreichende und nachhaltige
780 Finanzierung der Obdachlosenhilfe.

781

782 Eine Sockelfinanzierung muss sicherstellen, dass die Ver-
783 sorgung von Obdachlosen und die Bereitstellung siche-
784 rer und barrierefreier Unterkünfte das ganze Jahr über
785 gewährleistet sind. Hierzu müssen Bund und Länder ge-
786 meinsam ein dauerhaftes Finanzierungsmodell entwi-
787 ckeln, das die Abhängigkeit von zeitlich befristeten Pro-
788 jektmitteln reduziert und langfristige Stabilität bietet.

789

790 Darüber hinaus muss der Bund eine bundesweit einheitli-
791 che Statistik zu Todesfällen durch Kältetod und anderen
792 mit Obdachlosigkeit verbundenen Ursachen etablieren.
793 Diese Daten sind notwendig, um zielgerichtete Präventi-
794 onsmaßnahmen zu entwickeln und die Situation obdach-
795 loser Menschen systematisch zu verbessern. Der Bund
796 muss hier eine übergeordnete Rolle einnehmen, um eine
797 einheitliche Datenerhebung und -auswertung sicherzu-
798 stellen. Zudem ist die Stärkung der Präventionsmaßnah-
799 men zur Verhinderung von Obdachlosigkeit auf nationa-
800 ler Ebene von zentraler Bedeutung.

801

802 Das beinhaltet unter anderem den Ausbau von sozialen
803 Sicherungssystemen, um insbesondere ältere Menschen,
804 Arbeitslose, Geringverdienende und Migrant*innen vor
805 dem Verlust ihres Zuhauses zu schützen. Der Bund muss
806 Rahmenbedingungen schaffen, die die frühzeitige Unter-
807 stützung gefährdeter Personen sicherstellen, bevor es zu
808 einer existenziellen Krise kommt.